



Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz

43. Sitzung (öffentlich)
18. Dezember 2003
Düsseldorf - Haus des Landtags
9:00 Uhr bis 11:45 Uhr

Vorsitz: Marie-Luise Fasse (CDU)

Stenografen: Rudolf Burdinski, Gertrud Schröder-Djug (Federführung)

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:	Seite
Welche Auswirkungen haben die Ergebnisse des Vermittlungsausschusses auf die Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen? Dringliche Frage der CDU-Fraktion vom 16. Dezember 2003	1
1 Gesetz über die Feststellung der Haushaltspläne des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Haushaltsgesetz 2004/2005) und Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 13/4500 (Neudruck) <u>In Verbindung damit:</u>	2

Gesetz über die Entlastung des Haushalts und über die Erhebung eines Entgeltes für die Entnahme von Wasser aus Gewässern - Wasserentnahmeentgeltgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen - (Haushaltsbegleitgesetz 2004/2005)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/4528

Vorlagen 13/2443, 13/2361 und 13/2362

Der Ausschuss stimmt über die von der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingereichten Änderungsanträge ab. Das jeweilige Abstimmungsergebnis und die Begründungen sind der in Drucksache 13/4810 enthaltenen Vorlage 13/2617 zu entnehmen.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion, dem Einzelplan 10 - Zuständigkeitsbereich des Ausschusses - zuzustimmen.

2 Grundlage für den Einsatz von Markerimpfstoffen schaffen 10

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/3946

- Aussprache.

3 Heimische Eierproduktion in Nordrhein-Westfalen erhalten: Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen nicht benachteiligen 13

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/4014

- Kurze Aussprache.

- 4 Windkraftanlagen in reizvoller, schöner Landschaft verbieten!** 13
Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/4057
Der Ausschuss lehnt den Antrag der FDP-Fraktion Drucksache 13/4057 mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion ab.
- 5 Erlassentwurf über Entgelte für tätige Mithilfe der Forstbehörden bei der Bewirtschaftung des Körperschafts- und Privatwaldes (Entgeltordnung 2004)** 17
Vorlage 13/2487
Der Ausschuss erklärt sein Einvernehmen mit der Vorlage 13/2487.
- 6 Ergebnisse der Holzabsatzförderrichtlinie in 2002 und 2003** 18
Vorlage 13/2681
An den Bericht der Ministerin Bärbel Höhn schließt sich eine Aussprache an.
- 7 Stand der Lebensmittelüberwachung in Nordrhein-Westfalen** 21
- Bericht der Ministerin Bärbel Höhn, Aussprache.
- 8 Verhältnismäßigkeit der Verordnung über Jagdzeiten auf Grundlage des Gutachtens von Professor Dr. Peter Bandura im Hinblick auf eventuelle Konsequenzen der Landesregierung** 27
- Bericht der Ministerin Bärbel Höhn.

- 9 Haltung der Landesregierung zur aktuellen Diskussion über die Zuckermarktordnung** 29
Vorlage 13/2556
Der Ausschuss nimmt den schriftlichen Bericht der Ministerin Vorlage 13/2556 entgegen.
- 10 Meldung von Vogelschutzgebieten im Kreis Soest** 29
Vorlage 13/2560
Der Ausschuss nimmt den schriftlichen Bericht der Ministerin Vorlage 13/2560 entgegen.
- 11 Entwurf der Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Einteilung der Forstamtsbezirke im Lande Nordrhein-Westfalen vom 11.11.1994** 30
Vorlage 13/2421
- Diskussion.
- 12 Nationalpark Eifel unter besonderer Berücksichtigung der Grundstücks-tausche** 32
Vorlage 13/2489
- Diskussion.
- 13 Entwurf einer Verordnung über Zuständigkeiten im Bereich des ökologischen Landbaus** 34
Vorlage 13/2493
Der Ausschuss nimmt die Verordnung Vorlage 13/2493 ohne Einwendungen zur Kenntnis.

14 Entwurf einer Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Legehennenbetriebsregistergesetz 35

Vorlage 13/2476

Der Ausschuss nimmt die Verordnung Vorlage 13/2476 ohne Einwendungen zur Kenntnis.

Neuregelung der Zerlegungsgebühren 35

Dringliche Frage des Abgeordneten Karl-Heinz Rusche (SPD)

Staatssekretär Dr. Griese (MUNLV) nimmt zu der Frage Stellung.

Der **Ausschuss** erklärt sich mit diesem Verfahren einverstanden.

1 Gesetz über die Feststellung der Haushaltspläne des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Haushaltsgesetz 2004/2005) und Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/4500 (Neudruck)

Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

In Verbindung damit:

Gesetz über die Entlastung des Haushalts und über die Erhebung eines Entgeltes für die Entnahme von Wasser aus Gewässern - Wasserentnahmeentgeltgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen - (Haushaltsbegleitgesetz 2004/2005)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/4528

Vorlagen 13/2443, 13/2361 und 13/2362

Die von den Koalitionsfraktionen eingebrachten Änderungsanträge, die Begründungen dazu und die Abstimmungen sind der in Drucksache 13/4810 enthaltenen **Vorlage 13/2617** zu entnehmen. Ausführlichere Diskussionen, auch zu einzelnen Anträgen, werden im Folgenden wiedergegeben:

Irmgard Schmid (SPD) begründet die von den Koalitionsfraktionen vorgelegten Änderungsanträge. Nun sei eine Prüfung vorgesehen, unter welchen Voraussetzungen Landesgartenschauen fortgesetzt werden könnten. Damit werde belegt, wie wichtig diese Maßnahme für die Infrastruktur und für den Wirtschaftsstandort Gartenbau sei. Man werde abwarten müssen, welche Folgerungen daraus für die Folgejahre zu ziehen seien.

Für das Kleingartenwesen komme es ihrer Fraktion darauf an, im Hinblick auf dessen wichtige Arbeit auch Erhöhungen festzuschreiben. Dies habe der Koalitionspartner erfreulicherweise ebenfalls so gesehen, vor allen Dingen auch nach den drastischen Kürzungen, die im vergangenen Jahr hätten hingenommen werden müssen.

Auch die Arbeit der Biologischen Stationen wollten die Koalitionsfraktionen gewürdigt wissen und durch die Förderung sicherstellen, dass sie ohne unzumutbare Erschwernisse fortgesetzt werden könne.

Ein ganz wesentlicher Punkt für das Land, ein Pfund, mit dem es schon seit Jahrzehnten habe wuchern können, sei die Arbeit der Verbraucherzentrale. Dass gerade der Ansatz für die institutionelle Förderung wieder erhöhen werde, sei von der Verbraucherzentrale bereits wahrgenommen und entsprechend gewürdigt worden. Es hätte nicht in

Kauf genommen werden können, dass zum Beispiel Verbraucherberatungsstellen in der Region geschlossen worden wären.

Die weiteren Anträge, die im Grunde der Deckung dienten, seien der Vorlage zu entnehmen.

Felix Becker (FDP) pflichtet den Überlegungen der antragstellenden Fraktionen zur Finanzierung der Landesgartenschauen bei. In diesem Zusammenhang appelliert er daran, die Konkurrenzveranstaltung „Regionale“ etwas kritischer zu betrachten. Der Kreis Heinsberg sei aus der Euregio mehr oder weniger ausgestiegen, weil er nicht habe einsehen können, dass die überproportionalen Honorare für Ideenwettbewerbe die Haushaltsverfügbarkeit so sehr belasteten. Bei diesen überflüssigen Honorarmitteln sollte nach seiner Auffassung etwas gebremst werden.

Auch den Anträgen zum Kleingartenwesen stimme seine Fraktion zu.

Hinsichtlich der Biologischen Stationen sollte das Land nach Meinung seiner Fraktion jedoch etwas vorsichtiger sein. Die Arbeit der Biologischen Stationen beziehungsweise die in dem lfd. Antrag Nr. 4 der Koalitionsfraktionen vorgesehene Erhöhung des Ansatzes sei Ausdruck einer filigranen Landschaftsplanung, die sehr stark artenschutzorientiert sei. Diese Artenschutzorientierung im Naturschutz werde sich das Land auf die Dauer nicht leisten können.

Stattdessen werde man sich mehr an einem ökosystemaren Naturschutz orientieren müssen, der von der Ökoeffizienz her sehr viel mehr bringe und zudem erheblich preisgünstiger sei. Deshalb werde die FDP-Fraktion diese beiden Punkte ablehnen.

Mit den Änderungsanträgen zur Verbraucherzentrale könne sich seine Fraktion anfreunden; ihre Vorstellungen seien dahin gegangen, die Ansätze zumindest nicht in Relation zu dem, was der Landeshaushalt derzeit vorsehe, zu kürzen. Was die vorgeschlagene Erhöhung angehe, sei seine Fraktion noch nicht festgelegt; im Prinzip wolle sie den Verbraucherschutz in Nordrhein-Westfalen im bestehenden Umfang erhalten.

Zu den restlichen Punkten habe sich seine Fraktion noch keine abschließende Meinung gebildet.

Clemens Pick (CDU) legt dar, dass die CDU-Fraktion zunächst die Schwierigkeit sehe, den Haushaltsentwurf solide aufzustellen. Auf der einen Seite steuere das Land auf eine Rekordverschuldung zu, auf der anderen Seite seien Kürzungen vorgesehen, die sehr ungerecht seien und tiefe Einschnitte bedeuteten. Zwar werde durch die Anträge auch der Koalitionsfraktionen die eine oder andere Folge abgemildert, aber insgesamt sei der derzeit vorliegende Haushaltsentwurf doch als beratungsunreif anzusehen, zumal auch die zweite Veränderungsliste noch ausstehe; was in den Anträgen der Koalitionsfraktionen hinsichtlich der Bundesmittel und der Deckungsvorschläge aus zu erwartenden Anpassungen des Bundes enthalten sei, werde sich in der Veränderungsliste wiederfinden, die das Parlament im Januar des nächsten Jahres erhalten werde.

Die CDU-Fraktion habe bisher auch keine Anträge eingebracht, weil nach ihrer Auffassung zunächst einmal Klarheit darüber herrschen müsse, welche Mittel am Ende zur

Verfügung stünden, um dann gegebenenfalls an der einen oder anderen Stelle noch Änderungen herbeizuführen. Vor allem müsse geklärt werden, was mit jenen Mitteln geschehe, die bei nicht fließenden Bundesmitteln seitens des Landes zur Verfügung gestellt würden. Diese Mittel würden nicht ohne Weiteres „verfrühstückt“ werden können.

In den Anträgen der Koalitionsfraktionen sehe er zum Teil Abfederungen. Hinsichtlich der Konzeptionen für die Landesgartenschauen sei die Auffassung seiner Fraktion bekannt; sie stehe im Gegensatz zu der der Landesregierung. Wenn also dafür Mittel aufgenommen würden, entspreche dies einer Forderung, die seine Fraktion bereits in der Vergangenheit erhoben habe.

Bei der Unterstützung des Kleingartenwesens gehe es wiederum um eine Abfederung. Die Leistungen der Kleingärtner seien bekannt. Insofern könnten die Koalitionsfraktionen ebenfalls mit der Unterstützung seiner Fraktion rechnen.

Über die Arbeit der Biologischen Stationen lasse sich umfänglich diskutieren. Die Städte und Gemeinden beziehungsweise die Kreise müssten sich darauf einstellen, dass sie die entsprechenden Komplementärmittel hierfür zur Verfügung stellen müssten. Seine Fraktion sei im Augenblick nicht in der Lage, dazu ein abschließendes Votum abzugeben. Sie werde sich deshalb bei diesen Punkten der Stimme enthalten.

Die Verbraucherzentrale sei für seine Fraktion stets eine wichtige Aufgabe gewesen, so dass sie diesen Änderungen ebenfalls zustimmen werde.

Was die übrigen Punkte betreffe, so warte seine Fraktion die Veränderungsliste ab. Sobald sie vorliege, werde die CDU-Fraktion - gegebenenfalls in der zweiten Lesung - ihre eigenen Änderungsanträge einbringen.

Zu dem Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes warte seine Fraktion die anstehende Anhörung ab. Es wäre voreilig, sich vor dieser Anhörung zu dem Entwurf zu äußern.

Reiner Priggen (GRÜNE) schließt sich inhaltlich den Ausführungen von Irmgard Schmid an. Dass die CDU-Fraktion wieder einmal keine Anträge vorlege, sei Ausdruck mangelnder Leistungsbereitschaft. Ihn interessiere durchaus, was die große gestaltende Oppositionspartei zu dem lange vorliegenden Haushaltsentwurf zu sagen habe.

Herr Priggen begrüßt, dass die FDP-Fraktion zu den einzelnen Anträgen eine differenzierte Stellungnahme abgegeben habe, bedauere jedoch bei beiden Oppositionsparteien die etwas gebremste positive Einstellung zur Arbeit der Biologischen Stationen. Vielleicht liege darin ein Hinweis für den Ausschuss, sich mit diesem Thema einmal etwas ausführlicher zu beschäftigen, zumal auch in anderen Landeshaushalten gerade hinsichtlich des Vertragsnaturschutzes radikale Kürzungen anstünden. Wenn beispielsweise die Maßnahmen in Bayern auf Nordrhein-Westfalen übertragen würden, hätte dies auch eine Existenzvernichtung von landwirtschaftlichen Betrieben zur Folge. Insofern sollte Konsens darin bestehen, diesen Bereich aufrechtzuerhalten und auszubauen.

Die Anträge der Koalitionsfraktionen bildeten angesichts der schwierigen Haushaltslage ein Minimum, seien aber zu verantworten. Teile würden ja auch positiv aufgegriffen. Deshalb sollte der Ausschuss so beschließen.

Felix Becker (FDP) weist den Vorwurf der mangelnden Leistungsbereitschaft für die FDP-Fraktion entschieden zurück. Diese mangelnde Leistungsbereitschaft liege darin, dass die Landesregierung nicht in der Lage sei, angesichts der geänderten Rahmenbedingungen einen abschließenden Haushalt vorzulegen. Deshalb sehe die Opposition auch nicht ein, die Hausarbeiten der Landesregierung zu machen.

Clemens Pick (CDU) hält die gegen die Opposition gerichteten Äußerungen von Reiner Priggen für unangebracht, denn in der Gesamtschau bilde der Haushalt auch mit den Änderungen der Koalitionsfraktionen keineswegs den „großen Wurf“. Wenn an der einen oder anderen Stelle nachgebessert werde, akzeptiere er das und wolle es auch nicht kritisieren. Aber zu behaupten, diese Änderungen erbrächten jetzt maßgebliche Auswirkungen auf die Agrarwirtschaft und Agrarpolitik in Nordrhein-Westfalen, sei ebenfalls verfehlt.

Dabei müsse sich das Parlament darüber im Klaren sein, dass die Lage noch schwieriger werde. In den nächsten Jahren würden erhebliche Kürzungen vorgenommen werden müssen; deswegen müsse jetzt moderat an die Ansätze herangegangen werden. Die Koalitionsfraktionen könnten sich darauf verlassen, dass sich die Oppositionsfraktionen ihre Gedanken darüber machten.

Das, was in den Beratungen im Vermittlungsausschuss zustande gekommen sei, was im Letzten noch gar nicht bewertet werden könne, müsse in die zweite Lesung eingebaut werden, um an der einen oder anderen Stelle zu versuchen, die Belastungen für die nordrhein-westfälische Landwirtschaft ein Stück weit abzufangen.

Insofern sei das Parlament dringend darauf angewiesen, dass diese Punkte aufgenommen würden, um von einer eindeutigen Datengrundlage ausgehen zu können und nicht wieder erleben zu müssen, wie bei den letzten Haushaltsberatungen, dass es zu globalen Kürzungen komme und das Parlament überhaupt keinen Einfluss mehr auf die Gestaltung der Haushaltsansätze habe. Bis zur zweiten Lesung seien ja noch fast vier Wochen Zeit; bis dahin sollten die Zahlen in aller Ruhe abgewartet werden.

Die Koalitionsfraktionen könnten sicher sein, dass die CDU-Fraktion dann, wenn es notwendig sei, ihre Anträge dazu einbringen werde. Sie werde ihrer Oppositionsrolle schon gerecht werden.

Nur sollten die Koalitionsfraktionen, wenn die Opposition gute Vorschläge vorlege, die Größe haben, denen dann auch zuzustimmen.

Ministerin Bärbel Höhn legt dar, insbesondere die direkten Zuweisungen an die Landwirte seien völlig von den Kürzungen, soweit es das Land betreffe, ausgenommen worden. Natürlich seien die Kürzungen des Bundes nachvollzogen, was auch die Gemeinschaftsaufgabe angehe, aber was die EU-Mittel und was die Gemeinschaftsaufgabe angehe, habe das Land zunächst einmal alle Mittel zur Verfügung gestellt. Damit sei dieser gesamte Bereich von den Kürzungen, die alle anderen betroffen hätten, ausgenommen worden. Das sei eine besondere Privilegierung, die im Auge behalten werden sollte.

Während Bayern Kürzungen in Höhe von 15 % vornehme - wobei dies dort von einem anderen Niveau aus geschehe; Nordrhein-Westfalen sei mit den ungefähr 6 %, die es auf EU-Ebene erhalte, weit entfernt von dem, was Bayern mit etwa 30 % erhalte -, habe die Landesregierung in diesem Bereich nicht gekürzt. Wenn das immer so mitgenommen werde und der Bauer genieße und schweige, dann sei damit irgendwann Schluss. Dann passiere genau dasselbe wie in Bayern. Das treffe die Landwirte dann richtig hart.

Irmgard Schmid (SPD) regt an, sich im Laufe des nächsten Jahres - möglichst schon im Frühjahr - darüber auseinander zu setzen, wie es mit den Zuweisungen für die Landwirtschaft in unterschiedlichen Bereichen aussehe. Nach vielen Gesprächen habe sie den Eindruck, dass es auch Haushaltspositionen gebe, bei denen Landwirte bereit wären, auf Mittel zu verzichten, ohne dass das zu sehr „ins Fleisch gehen“ würde.

Für dieses Thema sollte sich der Ausschuss einmal Zeit nehmen und auch unter den Fraktionen beraten, wo der Etat Haushaltsansätze enthalte, deren Verzicht zwar schmerzhaft wäre, aber keine großen Einschnitte bedeutete. Das betreffe aus ihrer Sicht dann auch kofinanzierte Mittel, bei denen es gewaltige Mitnahmeeffekte gebe, bei denen Maßnahmen ohnehin durchgeführt würden, die jetzt noch gut bezuschusst würden und bei denen es ein Rechenexempel sei, diese Mittel zu beantragen. Sie wäre durchaus offen, mit den Landwirten und den Fachkollegen darüber zu diskutieren.

Reiner Priggen (GRÜNE) hält fest, heute diskutiere der Ausschuss als zuständiger Fachausschuss über den Landwirtschaftshaushalt. Eine weitere Beratung finde bis zur Behandlung im Plenum, in der dann Schaufensteranträge gestellt werden könnten, nicht statt. Wenn in diesem Ausschuss zu der vernünftigen Landwirtschaftspolitik der Landesregierung und der Ministerin keine Alternativen der Opposition vorgelegt würden, drücke das doch ein gewisses Maß an Zufriedenheit mit der Politik aus.

Im Übrigen stelle er fest, wenn er sich den Haushalt im Vergleich zu anderen Bereichen vor Augen führe, dass für die Landwirtschaft eine Menge herausgeholt worden sei. Er wisse, wie man in den Verhandlungen mit dem Koalitionspartner in anderen Bereichen habe bluten müssen; für diesen Bereich dagegen sei „Stange gehalten“ worden. Insofern sei es nur eine sachliche Konsequenz. Im Fachausschuss gebe es jedenfalls keine Alternative, keine Kritik; das bestätige die hervorragende Arbeit. Das wolle er an dieser Stelle nur festhalten.

Nach Ansicht des **Felix Becker (FDP)** kann diese Schlussfolgerung nicht unwidersprochen bleiben. Er stimme der Ministerin darin zu, dass es sicherlich keinen Königsweg bei der Entkoppelung gebe. Es sei jedoch auch noch keine nationale Entscheidung darüber gefallen, wie die Luxemburger Beschlüsse umgesetzt werden sollten. Dies sei jedoch auch mit Blick auf den Haushalt sehr wichtig, so dass man die voreilige Schlussfolgerung über die gute Agrarpolitik in Nordrhein-Westfalen nicht im Raum stehen lassen könne.

Clemens Pick (CDU) bemerkt, der Schluss, den Reiner Priggen für sich ziehe, wonach alle Fraktionen die Meinung verträten, dass die Landesregierung einen guten Haushalt

vorgelegt habe, sei falsch. Zwar könnte er lange darüber diskutieren; das sei jedoch nicht sein Ansinnen. Die Belastungen für die Landwirtschaft seien - wenn auch in vielen Bereichen abgemildert - vorhanden.

Durch die Wassersteuer und die Beratungsergebnisse des Vermittlungsausschusses würden Landwirte belastet. Diese Belastungen müssten kompensiert werden. Das sei heute noch nicht möglich, weil die Daten dafür noch nicht vorlägen. Insofern könne die CDU-Fraktion derzeit nicht in die Diskussion einsteigen. Sie könnte zwar an einigen Stellen Änderungsvorschläge machen; hinsichtlich der Kürzung der Bundesmittel und der Verwendung der Landesmittel müsse zunächst bekannt sein, in welcher Höhe diese Mittel gekürzt würden, ehe man einen vernünftigen und soliden Vorschlag vorlegen könne. Im anderen Falle würde der CDU-Fraktion Unsolidität vorgeworfen.

Wenn Irmgard Schmid dazu auffordere, im nächsten Jahr zusammenzuarbeiten und über mehrere Themen der Agrarpolitik des Landes zu reden, könne er seitens der CDU-Fraktion nur erklären, dass seine Fraktion an solchen Gesprächen nicht teilnehmen werde, weil sie in der Vergangenheit mehrfach die Erfahrung gemacht habe, dass immer dann, wenn Gemeinsamkeiten bekundet worden seien und die CDU davon habe ausgehen können, dass man auf der Seite der Koalitionsfraktionen Gemeinsamkeit angestrebt habe, kurz vor der abschließenden Entscheidung diese Gemeinsamkeit auseinander gebrochen sei. Deshalb könnten die Koalitionsfraktionen bis zum Ende der Wahlperiode mit Gemeinsamkeiten in dieser Hinsicht nicht mehr rechnen.

Die Ursache liege in einem nach den letzten Debatten gestörten Vertrauensverhältnis, das keinen Anlass biete, in entsprechende Gespräche einzutreten.

Irmgard Schmid (SPD) bedauert diese Einstellung der CDU-Fraktion. Sie verstehe Politik so, dass man zwar Rückschau halten, aber doch den Blick immer wieder nach vorn richten sollte. Die Agrarpolitiker ihrer Fraktion träten dafür ein, für die Landwirtschaft sowie den vor- und den nachgelagerten Bereich das Optimum herauszuholen und das zu tun, was für das Land gut sei.

Ein weiterer Punkt, bei dem es außerhalb des Haushaltsansatzes Bestrebungen beider Koalitionsfraktionen gebe, den Erfordernissen der Landwirtschaft gerecht zu werden, sei das Wasserentnahmeentgelt. Es sei bekannt, dass die Landwirtschaft und vor allen Dingen der Gartenbau erheblich belastet würden, wenn der von der Landesregierung vorgelegte Gesetzentwurf umgesetzt werden sollte. In Abstimmung mit Reiner Priggen erkläre sie, dass sich beide Koalitionsfraktionen dafür einsetzten, den Wassercents für die Landwirtschaft und den Gartenbau nicht wirksam werden zu lassen.

Die Beratungen seien noch nicht abgeschlossen. Wenn beide Koalitionsfraktionen dies betrieben, wäre damit auch in der Größenordnung von etwa 500 000 € ein wichtiger Beitrag für die Landwirtschaft errungen.

Nach Ansicht von **Josef Hovenjürgen (CDU)** sollte sich Irmgard Schmid fragen, was in den letzten Wochen und in der letzten Ausschusssitzung geschehen sei. Insbesondere denke er an die gestrige Plenardebatte und die Einlassung, wie sehr sich Berufsver-

bände oder auch andere auf die Aussagen von Irmgard Schmid verlassen könnten. Insofern sei die Aussage des Kollegen Pick nur konsequent.

Irmgard Schmid (SPD) hält im Blick auf die Plenardebatte vom Vortag fest, dass die Koalitionsfraktionen einen Entschließungsantrag eingebracht hätten. Daraus seien heute Morgen zum Beispiel durch eine Verlautbarung des BDF-Tickers falsche Interpretationen gezogen worden.

Im letzten Absatz der Entschließung sei festgelegt worden, dass der Landtag die Absicht der Landesregierung begrüße, im Rahmen der weiteren jetzt erforderlichen Verfahrensschritte zur Umsetzung des Landesforstbetriebes noch einmal die Argumente für diese Lösung darzulegen und die Sachargumente, die für die Errichtung einer Landesanstalt sprechen, zu prüfen.

Mit den Spitzen der Landesregierung sei abgestimmt, dass der Analyse des Ist-Zustandes gegenübergestellt werde, welche Vorteile der Landesbetrieb mit sich bringe. Dazu müssten auch weitere Möglichkeiten in Relation gesetzt werden. Die Koalitionsfraktionen würden dies im Laufe des nächsten Jahres in Ruhe beraten und daraus dann Schlussfolgerungen ziehen. Weitere Deutungen seien deshalb gegenwärtig überflüssig.

Felix Becker (FDP) begrüßt die Erklärung von Irmgard Schmid zum Wasserentnahmentgelt; in diese Richtung gingen auch die Vorstellungen der FDP-Fraktion, die die Vor- und Nachteile verglichen habe und zu dem Ergebnis gekommen sei, dass - eingeschränkt auf den Sektor Landwirtschaft - ein Null-Summen-Spiel bei einem Vergleich von Einnahmen und Verwaltungsaufwand herauskomme.

Den BDF-Ticker habe er heute Morgen ebenfalls gelesen; er sei darüber sehr verwirrt gewesen, da bekanntlich gewisse Beziehungen des BDF in das Parlament bekannt seien. Das Plenarprotokoll der gestrigen Sitzung werde in diesem Punkt Klarheit bringen. Er habe den Entschließungsantrag ebenfalls dahin gehend verstanden, dass die Entscheidung über den Landesbetrieb Forst noch nicht gefällt worden sei, sondern dass erst einmal analysiert worden sei.

Ministerin Bärbel Höhn bekräftigt, ihre Aussagen in der gestrigen Plenardebatte seien klar gewesen. Daran halte sie sich auch. Gestern seien ein Gesetz verabschiedet und ein Antrag beschlossen worden. Sie halte sich an Beschlüsse des Landtages und an Vorschriften der Gesetze.

Reinhold Sendker (CDU) hält auf die Einlassung von Irmgard Schmid fest, dass es sich nach dem Wortlaut des Gesetzentwurfs um einen Landesbetrieb handele. Die CDU-Fraktion werde den Landräten in Nordrhein-Westfalen sagen, dass die Koalitionsfraktionen die Versprechungen, die sie bei verschiedenen Themen wiederholt machten, nicht umsetzen könnten. Dies werde die CDU mit einer eigenen Mehrheit ab 2005 reparieren.

Nachdem weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, tritt der **Ausschuss** in die Abstimmung über die Anträge der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ein.

Der Ausschuss stimmt dem Einzelplan 10 - Zuständigkeitsbereich des Ausschusses - unter Einbeziehung der angenommenen Änderungsanträge mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP zu.

Karl-Heinz Rusche (SPD) trägt eine Dringliche Frage an die Landesregierung vor. Der Ausschuss habe sich in einer früheren Sitzung mit der Neuregelung der Zerlegungsgebühren beschäftigt; er habe festgestellt, dass Veränderungen beabsichtigt seien, und habe zur Kenntnis genommen, dass zwei Kreise diese geänderten Gebühren bereits erhöhen, allerdings nicht nach Tonnage, sondern nach tatsächlichen Kosten. Er habe als Mitglied des Kreisausschusses von Recklinghausen mit Blick auf die Anpassung der Gebühren im Kreis Recklinghausen den Landrat gebeten zu prüfen, ob nicht auch dort die Gebühr - etwaige Kosten, geteilt durch die Tonnage - wie in den anderen Kreisen berechnet werden könne.

In der Kreistagssitzung habe er nachgefragt, ob der Kreis inzwischen etwas unternommen habe, denn auch im Kreis Recklinghausen gebe es Großbetriebe, die zwingend darauf angewiesen seien. Ihm sei erklärt worden, dass beide Kreise nach Rücksprache aufgefordert seien, doch wieder nach Tonnage zu berechnen.

Wenn das so richtig sei, dann sei er allerdings mehr als enttäuscht. Das sei genau das Gegenteil von dem, was der Ausschuss habe erreichen wollen.

Vorsitzende Marie-Luise Fasse stellt klar, dass ihr der Wunsch übermittelt worden sei, eine persönliche Erklärung abzugeben. Nach der Geschäftsordnung sei das jedoch in dieser Form nicht möglich; stattdessen hätte bis zum Vortag um 9 Uhr ein Antrag gestellt werden müssen. Wenn die Ausschussmitglieder jedoch einverstanden seien, könne nach Abwicklung der Tagesordnung dieser Punkt noch einmal aufgerufen werden.

Karl-Heinz Rusche (SPD) erklärt sich damit einverstanden. Entscheidend sei für ihn, eine Antwort zu erhalten, was für seine Mitarbeit im Ausschuss wichtig sei.

Irmgard Schmid (SPD) bestätigt, dass der Ausschuss dieses Thema in der vorletzten Sitzung beraten habe. Sie rege an, das Protokoll abzuwarten, in dem definitiv und detailgetreu Aussagen zu diesem Problembereich niedergelegt seien. Das Thema sei nicht abgehandelt, sondern werde auch weiterhin im Rahmen der Ausschussarbeit zu verfolgen sein.

Reiner Priggen (GRÜNE) äußert die Bitte, sich in einer der nächsten Sitzungen an geeigneter Stelle ausführlicher damit zu beschäftigen und im Vorfeld dazu bereits konkrete Fragen an das Ministerium zu richten. Ihm sei zu Ohren gekommen, dass es auch Kreise gebe, die Abrechnungen vornähmen, die in der Einnahmenseite weit über die Kosten hinausgingen.

Im Übrigen habe er auch die Bitte, sich mit dem, was vor Kurzem Gegenstand der Berichterstattung von Westpol gewesen sei, zu beschäftigen, nämlich mit der Situation von

Beschäftigten in bestimmten Unternehmen. Dieser Bericht habe in gewissem Sinne unter dem Motto „Sklavenhaltung“ gestanden. Auch mit diesen Fragen und diesen Zuständen sollte sich der Ausschuss beschäftigen.

2 Grundlage für den Einsatz von Markerimpfstoffen schaffen

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 13/3946

Vorsitzende Marie-Luise Fasse merkt an, über diesen Antrag, der dem Ausschuss vom Landtag in seiner Sitzung am 4. Juni 2003 überwiesen worden sei, solle in öffentlicher Sitzung abschließend beraten werden.

Dr. Stefan Romberg (FDP) begründet den Antrag der FDP-Fraktion. Der FDP gehe es darum, den Grundsatz „Impfen statt Töten“ durchzusetzen und zu vermeiden, dass bei Seuchengefahr, die immer wieder drohe, Tiere großflächig geschlachtet werden müssten. Dies lasse sich dadurch erreichen, dass vermehrt Markerimpfstoffe eingesetzt würden, um erkennen zu können, ob ein Tier geimpft sei oder krank sei. In diesem Zusammenhang sei es auch wichtig, dass die Handelsbeschränkungen, die bisher für geimpfte Tiere auf EU-Ebene bestünden, entfielen. Über den Inhalt dieses Antrags sei im Vorwege auch schon Einigkeit im Ausschuss erzielt worden.

Ursula Bolte (SPD) bezieht sich auf die Ausführungen der Ministerin in der Plenardebatte; danach empfehle es sich, zunächst einen Bericht darüber zu erhalten, was sich inzwischen auf dem EU-Sektor aufgrund der Landesregierung getan habe. Danach könnte man dieses Thema weiter vertiefen.

Friedhelm Ortgies (CDU) pflichtet dieser Anregung bei. Nach einer Meldung der letzten Woche habe die EU-Kommission jetzt einen Test zugelassen. Auch ihn interessiere, wie die Landesregierung damit umzugehen gedenke.

Ministerin Bärbel Höhn legt dar, dass die Landesregierung auf EU-Ebene, wie Ursula Bolte bereits angedeutet habe, mehrere Initiativen ergriffen habe. Bei dem letzten Seuchenzug habe man sehr deutlich mitbekommen, dass mittlerweile vorbeugend geimpft worden sei. Entsprechende Initiativen seien nicht nur auf EU-Ebene gestartet worden, sondern de facto in der Praxis dann auch durchgesetzt worden, übrigens in großer Übereinstimmung und deshalb auch mit guter Unterstützung und in gemeinsamen Aktionen mit den Niederländern.

Zum Zweiten seien nicht von ungefähr bei allen diesen Seuchenzügen keine Markerimpfstoffe eingesetzt worden, sondern konventionelle Impfstoffe, mit deren Hilfe die geforderte Unterscheidung genauso gut vorgenommen werden könne. Deshalb scheine ihr die Forderung, auf Markerimpfstoffen zu bestehen, sehr ideologisch begründet zu sein. Man sollte vielmehr auf dem am besten geeigneten Impfstoff bestehen, nicht unbedingt auf einem Markerimpfstoff. In den letzten Seuchenzügen hätten sich die Mar-